

### UK/EU: Einigung der Brexit-Unterhändler – Veröffentlichung eines Entwurfs zum Austrittsabkommens

Am Dienstagabend (13.11.2018) teilte das Büro von Premierministerin Theresa May mit, dass die Brexit-Unterhändler sich nach monatelangen Verhandlungen auf einen Entwurf des Austrittsabkommens und die wesentlichen Elemente einer politischen Erklärung zu den künftigen Beziehungen geeinigt haben. Die Bestätigung der Europäischen Kommission folgte am 14.11.2018 mit der Veröffentlichung eines 585 Seiten umfassenden Dokuments. Aktuell können auf der Homepage der Europäischen Kommission das [Austrittsabkommen](#) und ein entsprechendes „[Fact Sheet](#)“ (beides in englischer Sprache) abgerufen werden.

Das Austrittsabkommen legt die Bedingungen für den Austritt des Vereinigten Königreichs (United Kingdom - UK) aus der Europäischen Union (EU) fest. Damit soll sichergestellt werden, dass der Austritt in geordneter Weise erfolgt. Auch bietet das Abkommen Rechtssicherheit, sobald das EU-Recht nicht mehr für UK gilt.

Das Austrittsabkommen enthält neben einleitenden Bestimmungen u.a. auch Bestimmungen zu den Themen Bürgerrechte, Übergangszeitraum, Finanzen, die Überwachung des Abkommens, institutionelle Strukturen und die Protokolle zu Gibraltar und Zypern.

Daneben haben sich die Unterhändler auch bei der bis zuletzt diskutierten Frage der Grenze zwischen Irland und Nordirland geeinigt. Mit dem diesbezüglichen Protokoll soll sichergestellt werden, dass hier keine harte Grenze errichtet wird. Weitere Informationen können dem hierzu veröffentlichten [Fact Sheet](#) entnommen werden.

Obwohl die Veröffentlichung des Austrittsabkommens im Entwurf ein wichtiger Schritt für den kommenden Brexit am 29.03.2019 ist, bleibt laut dem EU-Verhandlungsführer Michael Barnier trotzdem noch viel zu tun. Für die Formalisierung des Austrittsabkommens hat Ratspräsident Donald Tusk bereits einen Brexit-Sondergipfel für den 25.11.2018 angekündigt.

Vor Inkrafttreten muss das Austrittsabkommen noch von der EU im Rat und im Europäischen wie auch dem UK-Parlament ratifiziert werden.

Theresa May hat sich bereits am Mittwochabend (14.11.2018) die Zustimmung ihres Kabinetts für das Brexit-Abkommen gesichert. Ausstehend ist jedoch noch die Zustimmung des Parlaments. Insbesondere von den Brexit-Hardlinern aus Mays eigener Partei gibt es große Kritik an dem Austrittsabkommen.

Im Zuge dessen kam es am gestrigen Tage zu einer regelrechten Kündigungswelle. Als erstes trat Nordirlands Staatssekretär Shailesh Vara zurück. Ihm folgte der Brexit-Minister Dominic Raab, der die Vereinbarung zum Austritt vom UK aus der EU nicht habe mittragen können. Auch die Arbeitsministerin Esther McVey, die Brexit-Staatssekretärin Suella Braverman und die Bildungsministerin Anne-Marie Trevelyan gaben ihren Rücktritt bekannt.

Ob es zu einer Einigung über das Austrittsabkommen bis zum Brexit kommt, bleibt daher weiterhin abzuwarten.

**BFH: Bauträger können Umsatzsteuer auf bezogene Bauleistungen vom Finanzamt zurückfordern**

Mit dem jüngst veröffentlichten Urteil vom 27.09.2018 ([V R 49/17](#)) eröffnet der BFH Bauträgern die Möglichkeit, ohne weitere Einschränkungen Umsatzsteuer vom Fiskus zurückzufordern, die sie für bezogene Bauleistungen als vermeintlicher Steuerschuldner abgeführt hatten. Zuvor hatte die Finanzverwaltung noch versucht, Bauträgern diese Erstattungsmöglichkeit zu verwehren oder zumindest zu erschweren, was angesichts des immensen Erstattungsvolumens im einstelligen Milliardenbereich nicht überraschend erscheint. Der restriktiven Verwaltungsauffassung erteilt der BFH zur Freude der Bauträgerbranche nun eine Absage und bestätigt damit das erstinstanzliche Urteil des FG München vom 10.10.2017 ([14 K 344/16](#)).

Bereits seit dem richtungsweisenden BFH-Urteil vom 22.08.2013 ([V R 37/10](#)) steht fest, dass Bauträger innerhalb ihres Geschäftsmodells (Errichtung schlüsselfertiger Gebäude und Verschaffung des Eigentums sowohl an Gebäude als auch an Grund und Boden) keine Bauleistungen im umsatzsteuerlichen Sinn (§ 13b Abs. 2 Nr. 4 UStG) erbringen. Daher kommen sie auch nicht als Steuerschuldner für bezogene Bauleistungen im Wege des Reverse-Charge-Verfahrens (§ 13b UStG) in Frage. Dieses ist bei Bauleistungen nämlich nur dann anwendbar, wenn auch der Leistungsempfänger nachhaltig Bauleistungen erbringt, was beim Bauträger, wie dargestellt, gerade nicht der Fall ist.

Demgegenüber hatte die Finanzverwaltung das Reverse-Charge-Verfahren bis zu einer Gesetzesänderung im Jahr 2014 grundsätzlich auch bei Bauträgern für bezogene Bauleistungen angewendet. Folglich hatten Bauträger als Leistungsempfänger bis zu diesem Zeitpunkt Umsatzsteuer auf Eingangsbauleistungen an das Finanzamt abzuführen. Infolge der BFH-Rechtsprechung aus 2013 begehrten Bauträger vielfach die Rückerstattung der rechtsirrig abgeführten Umsatzsteuer von den Finanzbehörden. Allerdings knüpfte die Finanzverwaltung die Erstattung an die Voraussetzung, dass der Bauträger der Finanzverwaltung Angaben zum leistenden Unternehmer mitteilt und dass der Leistende seinen zivilrechtlichen Anspruch gegenüber dem Leistungsempfänger (d.h. dem Bauträger) auf Zahlung der Umsatzsteuer an das Finanzamt abtritt ([BMF-Schreiben vom 26.07.2017](#)).

Der BFH hat in seinem aktuellen Urteil hingegen klar geäußert, dass die Erstattung überzahlter Umsatzsteuer nicht von weiteren Bedingungen abhängig ist, so auch nicht von etwaigen Mitwirkungspflichten oder einer Abtretung. Darüber hinaus betont der BFH, dass das Erstattungsbegehren weder gegen den Grundsatz von Treu und Glauben noch gegen das Neutralitätsgebot verstößt. Diesen Argumenten, die die Finanzverwaltung bis zum Schluss noch vertreten hatte, hat der BFH nun endgültig die Grundlage entzogen.

Fazit: Bauträger sollten vor dem Hintergrund des Urteils nun überprüfen, ob sie als Leistungsempfänger Umsatzsteuer für bezogene Bauleistungen abgeführt haben, die sie nach neuer Lesart des § 13b UStG nicht schulden und somit vom Finanzamt zurückfordern können. Da der BFH die Einschränkungen der Verwaltung verworfen hat, kommt eine Rückforderung der Umsatzsteuer insbesondere

auch dann in Betracht, wenn der leistende Unternehmer nicht mehr existiert. Voraussetzung ist lediglich, dass die jeweiligen Steuerfestsetzungen verfahrensrechtlich noch änderbar sind.

### **BFH: Bewertung einer Sachausschüttung in Form einer offenen Gewinnausschüttung**

Mit Urteil vom 11.04.2018 ([I R 34/15](#)) hatte der BFH zu entscheiden, wie die Sachausschüttung einer Kapitalgesellschaft bei ihr zu bewerten ist. Zu klären war zudem, ob eine uneingeschränkte Anwendung des § 8b Abs. 3 S. 1 KStG, wonach 5 % des dabei entstehenden Gewinns (Aufdeckung stiller Reserven in der ausgeschütteten Beteiligung) hinzuzurechnen sind, gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot verstößt.

Im Streitfall übertrag die Anteilseignerin (Stiftung) der A-AG im November 2002 Aktien der A-AG an eine GmbH (Klägerin), deren alleinige Gesellschafterin ebenso die Stiftung war. Die Aktien wurden als freiwilliger Gesellschafterzuschuss in die Klägerin eingebracht und als Zuzahlung in das Eigenkapital gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB ausgewiesen. Am 04.05.2005 beschlossen die Gesellschafter der Klägerin, die dieser im Jahr 2002 übertragenen Aktien im Wege der Sachausschüttung wieder an die Stiftung zurück zu übertragen.

Im Rahmen einer Außenprüfung gingen die Prüfer für das Jahr 2002 von einer Einlage der Stiftung in die Klägerin aus, die sie gemäß § 8 Abs. 1 KStG i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 5 EStG mit dem Teilwert (Tageskurs zum Zeitpunkt der Einbringung) und einem zusätzlichen Paketzuschlag i.H.v. 20 % gemäß § 11 Abs. 3 BewG bewerteten. Die Rückübertragung der Aktien im Jahr 2005 behandelten die Prüfer – wie die Klägerin – als Sachausschüttung. Für die Bewertung bei der ausschüttenden Klägerin gingen die Prüfer von dem gemeinen Wert der Anteile sowie einem Paketzuschlag in Höhe von 20 % des Kurswerts zum Übertragungszeitpunkt aus. Hieraus habe sich eine verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) i.H.v. ... EUR ergeben, die bei der Klägerin gemäß § 8b Abs. 2 KStG steuerbefreit sei. Einen Betrag in Höhe von 5 % dieser vGA berücksichtigten sie gemäß § 8b Abs. 3 S. 1 KStG als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe.

Das FG Hessen bejahte zwar eine vGA, kam jedoch zur Auffassung, dass der nach § 8b Abs. 3 S. 1 KStG zu berücksichtigende Hinzurechnungsbetrag von 5 % dieses "Gewinns" auf die Wertsteigerung der Aktien der A-AG zu begrenzen sei, die sich zwischen dem 22.12.2003 und dem Zeitpunkt der Rückübertragung der Aktien auf die Stiftung ergeben habe. Eine solche zeitliche Begrenzung verlange das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot.

Auf Revision des Finanzamts hob der BFH nunmehr das Urteil der Vorinstanz auf. Zwar habe das Finanzgericht zutreffend angenommen, dass bei der Rückübertragung des Aktienpakets dieses mit dem gemeinen Wert zu bewerten und damit die Differenz zwischen dem Buchwert und dem gemeinen Wert der Aktien dem Einkommen der Klägerin außerbilanziell wieder hinzuzurechnen war. Soweit die Vorinstanz jedoch davon ausgegangen sei, dass eine vGA in Form einer verhinderten Vermögensmehrung vorgelegen habe, da die Klägerin auf ein ange-

messenes Entgelt für die Rückübertragung des Aktienpakets verzichtet habe, könne dieser Auffassung nicht gefolgt werden. Vielmehr sei die Rückübertragung der Aktien auf die Stiftung im Jahr 2005 Gegenstand einer offenen Gewinnausschüttung in Gestalt einer Sachausschüttung gewesen. Dies gelte auch dann, wenn im Gewinnverwendungsbeschluss der auszuschüttende Sachwert mit dem Buchwert angegeben werde und damit handelsrechtlich die sog. Buchwertmethode zur Anwendung komme. Demzufolge verbiete es sich i.H.d. Buchwerts von einer offenen Gewinnausschüttung und i.H.d. Differenzbetrags von einer vGA auszugehen.

Entgegen der Auffassung des Finanzgerichts kommt der BFH darüber hinaus zu dem Schluss, dass die Hinzurechnung von 5 % nach § 8b Abs. 3 S. 1 KStG auf den gesamten Gewinn – Differenz zwischen Buchwert und gemeinem Wert der Aktien im Zeitpunkt der Sachausschüttung – anzuwenden ist. Zu Unrecht sei das FG Hessen davon ausgegangen, dass es sich bei § 8b Abs. 3 S. 1 KStG um eine Regelung handele, welche zu einer rückwirkenden Besteuerung stiller Reserven führe, die vor dem Inkrafttreten dieser Regelung (01.01.2004) bzw. vor dem endgültig gefassten Gesetzesbeschluss (22.12.2003) gebildet worden seien. Nach § 8b Abs. 3 S. 1 KStG würden Betriebsausgaben als nicht abzugsfähig fingiert, die bei einem Veräußerungsvorgang i.S.d. § 8b Abs. 2 KStG entstanden seien. Demgemäß werde im Zeitpunkt der Veräußerung der Anteile nicht ein über den vorhergehenden Zeitraum akkumulierter Zuwachs an Leistungsfähigkeit der Besteuerung unterworfen, sondern lediglich Betriebsausgaben anlässlich dieses Vorgangs fingiert und als nicht abzugsfähig qualifiziert.

## # 42

16.11.2018

## Urteile und Schlussanträge des EuGH bis zum 09.11.2018

Aktenzeichen	Datum	Stichwort
<a href="#">C-502/17</a>	08.11.2018	Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Geplante Veräußerung von Aktien einer Enkelgesellschaft – Ausgaben für im Hinblick auf diese Veräußerung bezogene Dienstleistungen – Nicht durchgeführte Veräußerung – Antrag auf Vorsteuerabzug – Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer

## Alle am 14.11.2018 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (V)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<a href="#">I R 34/15</a>	11.04.2018	Bewertung einer Sachausschüttung in Form einer offenen Gewinnausschüttung; keine Rückwirkung von § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG
<a href="#">I R 62/16</a>	30.05.2018	Besteuerungsrecht für Einkünfte eines in der Schweiz auftretenden Chorsängers - "Nichtrückkehrtage" von Grenzgängern
<a href="#">V R 33/17</a>	02.08.2018	EuGH-Vorlage zur Steuersatzermäßigung für die Vermietung von Bootsliegeplätzen siehe auch: <a href="#">Pressemitteilung Nr. 59/18 vom 14.11.2018</a>
<a href="#">V R 49/17</a>	27.09.2018	Korrektur unzutreffender Rechtsanwendung beim Bauträger siehe auch: <a href="#">Pressemitteilung Nr. 60/18 vom 14.11.2018</a>

## Alle am 14.11.2018 veröffentlichten Entscheidungen des BFH (NV)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<a href="#">XI B 2/18</a>	14.08.2018	Berechtigung zur Hinzuschätzung
<a href="#">X S 23/18</a>	21.08.2018	Bindungswirkung eines Verweisungsbeschlusses; fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Antrag auf Änderung eines AdV-Beschlusses
<a href="#">XI B 29/18</a>	12.10.2018	Steuerbescheid als Grundlagenbescheid für Zinsbescheid; Verzinsung bei Berichtigung eines unrichtigen Steuerausweises
<a href="#">II B 9/18</a>	29.08.2018	Bewertung eines Erbbauzinsanspruchs (Grunderwerbsteuer)

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<a href="#">VII R 2/17</a>	12.06.2018	Haftungsbescheid und bevorstehende Restschuldbefreiung des Haftungsschuldners
<a href="#">XI R 45/17</a>	05.09.2018	Besorgnis der Befangenheit eines Richters
<a href="#">I B 11/18</a>	25.09.2018	Keine teleologische Reduktion des § 15 Abs. 1 Satz 2 UmwStG 2006 bei Abspaltung des operativen Geschäftsbetriebs
<a href="#">IX R 31/17</a>	20.07.2018	Ablösezahlung für Besserungsscheine als unselbständiger Bestandteil des Veräußerungspreises i.S. von § 17 Abs. 2 EStG
<a href="#">V R 63/17</a>	21.06.2018	Voraussetzungen der Umsatzsteuerbefreiung bei der Vermietung von Sportanlagen
<a href="#">V R 30/17</a>	06.09.2018	Umsatzsteuerfreier Zusammenschluss

### Alle bis zum 16.11.2018 veröffentlichten Erlasse

Aktenzeichen	Entscheidungsdatum	Stichwort
<a href="#">IV C 5 - S 2363/13/1000 3-02</a>	08.11.2018	Lohnsteuerabzug im Verfahren der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale

### Herausgeber

**WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH**

[www.wts.com/de](http://www.wts.com/de) • [info@wts.de](mailto:info@wts.de)

### Redaktion

**Dr. Martin Bartelt, Georg Geberth, Lothar Härteis, Stefan Hölzemann**

#### Düsseldorf

Michael Wild  
Peter-Müller-Straße 18  
40468 Düsseldorf  
T: +49 (0) 211 200 50-5  
F: +49 (0) 211 200 50-950

#### Erlangen

Andreas Pfaller  
Allee am Rötelheimpark 11-15  
91052 Erlangen  
T: +49 (0) 9131 97002-11  
F: +49 (0) 9131 97002-12

#### Frankfurt

Dr. Franz Angermann  
Robert Welzel  
Taunusanlage 19  
60325 Frankfurt/Main  
T: +49 (0) 69 133 84 56-0  
F: +49 (0) 69 133 84 56-99

#### Hamburg

Eva Doyé  
Brandstwiete 4  
20457 Hamburg  
T: +49 (0) 40 320 86 66-0  
F: +49 (0) 40 320 86 66-29

#### Kolbermoor (Rosenheim)

Andreas Ochsner  
Carl-Jordan-Straße 18  
83059 Kolbermoor  
T +49 (0) 8031 87095-0  
F: +49 (0) 8031 87095-250

#### Köln

Stefan Hölzemann  
Sachsenring 83  
50677 Köln  
T: +49 (0) 221 348936-0  
F: +49 (0) 221 348936-250

#### München

Lothar Härteis  
Thomas-Wimmer-Ring 1-3  
80539 München  
T: +49(0) 89 286 46-0  
F: +49 (0) 89 286 46-111

#### Regensburg

Andreas Schreib  
Lilienthalstraße 7  
93049 Regensburg  
T: +49 (0) 941 383 873-128  
F: +49 (0) 941 383 873-130

#### Stuttgart

Ingo Weber  
Büchsenstraße 10  
70173 Stuttgart  
T: +49 (0) 711 6200749-0  
T: +49 (0) 711 6200749-99

Diese WTS-Information stellt keine Beratung dar und verfolgt ausschließlich den Zweck, ausgewählte Themen allgemein darzustellen. Die hierin enthaltenen Ausführungen und Darstellungen erheben daher weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch sind sie geeignet, eine Beratung im Einzelfall zu ersetzen. Für die Richtigkeit der Inhalte wird keine Gewähr übernommen. Im Falle von Fragen zu den hierin aufgegriffenen oder anderen fachlichen Themen wenden Sie sich bitte an Ihren WTS-Ansprechpartner oder an einen der oben genannten Kontakte.

